Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

- ★ **Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates vom 8. Februar 1993 über die Kontrolle der Übereinstimmung von aus Drittländern eingeführten Erzeugnissen mit den geltenden Produktsicherheitsvorschriften** 1
- Verordnung (EWG) Nr. 340/93 der Kommission vom 16. Februar 1993 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen 5
- Verordnung (EWG) Nr. 341/93 der Kommission vom 16. Februar 1993 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden 7
- ★ **Verordnung (EWG) Nr. 342/93 der Kommission vom 16. Februar 1993 zur Wiedereinführung der Erhebung der Zölle für die Waren des KN-Codes 6403 mit Ursprung in Indonesien und Thailand, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3831/90 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden** 9
- ★ **Verordnung (EWG) Nr. 343/93 der Kommission vom 16. Februar 1993 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 859/89 mit Durchführungsbestimmungen für die Interventionsmaßnahmen für Rindfleisch** 10
- ★ **Verordnung (EWG) Nr. 344/93 der Kommission vom 16. Februar 1993 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2047/84 zur Bestimmung der anderen Interventionsorte für Reis als Vercelli** 11
- Verordnung (EWG) Nr. 345/93 der Kommission vom 16. Februar 1993 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Obst und Gemüse 12
- Verordnung (EWG) Nr. 346/93 der Kommission vom 16. Februar 1993 zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Weiß- und Rohzucker 15

Kommission

93/99/EWG :

- * **Entscheidung der Kommission vom 22. Dezember 1992 zur Änderung der Entscheidung 79/542/EWG des Rates zur Aufstellung eines Verzeichnisses der Drittländer, aus denen die Mitgliedstaaten die Einfuhr von Rindern, Schweinen, Einhufern, frischem Fleisch und Fleischprodukten zulassen** 17

93/100/EWG :

- * **Entscheidung der Kommission vom 19. Januar 1993 zur Änderung der Entscheidung 79/542/EWG des Rates zur Aufstellung einer Liste von Drittländern, aus denen die Mitgliedstaaten die Einfuhr von Rindern, Schweinen und Einhufern sowie von frischem Fleisch und Fleischerzeugnissen zulassen, und zur Aufhebung der Entscheidungen 89/15/EWG und 90/135/EWG ...** 23

I

*(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)***VERORDNUNG (EWG) Nr. 339/93 DES RATES**

vom 8. Februar 1993

über die Kontrolle der Übereinstimmung von aus Drittländern eingeführten Erzeugnissen mit den geltenden Produktsicherheitsvorschriften

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 113,

auf Vorschlag der Kommission (¹),

in Erwägung nachstehender Gründe :

Ein Erzeugnis kann in der Gemeinschaft nur in den
Verkehr gebracht werden, wenn es mit den einschlägigen
Rechtsvorschriften übereinstimmt ; es obliegt daher den
Mitgliedstaaten, die Konformität der Erzeugnisse zu
kontrollieren.

Angesichts der Beseitigung der Kontrollen an den
Binnengrenzen der Gemeinschaft gemäß Artikel 8a des
Vertrages ist es erforderlich, daß alle Mitgliedstaaten bei
der Ausübung dieser Kontrollen an den Außengrenzen
vergleichbare Modalitäten anwenden, um jede Verzerrung
zu vermeiden, die der Sicherheit und Gesundheit
abträglich wäre.

Unter Beachtung der jeweiligen Zuständigkeiten und
Instrumente der betreffenden nationalen Verwaltungen
sind die Zollbehörden an der Marktüberwachung und an
den in den gemeinschaftlichen und einzelstaatlichen
Rechtsvorschriften vorgesehenen Informationssystemen
soweit wie möglich zu beteiligen, soweit es sich um
Erzeugnisse aus Drittländern handelt.

Stellen die Zollbehörden bei Überprüfungen im Rahmen
der Abfertigung zum freien Verkehr fest, daß Erzeugnisse
Merkmale aufweisen, die zu einem erheblichen Verdacht
hinsichtlich des Vorhandenseins einer ernsten und
unmittelbaren Gefahr für Gesundheit und Sicherheit
Anlaß geben, so müssen sie die Erteilung der Freigabe
aussetzen können und die für die Marktüberwachung
zuständigen Behörden informieren, damit diese entspre-
chende Maßnahmen treffen können.

Das gleiche muß gelten, wenn die Zollbehörden bei
derselben Gelegenheit feststellen, daß ein dem Erzeugnis
beizufügendes Dokument fehlt und/oder daß eine nach
Gemeinschaftsrecht oder dem Recht des Mitgliedstaats, in
dem die Abfertigung zum freien Verkehr beantragt wird,
auf dem Gebiet der Produktsicherheit vorgesehene Kenn-
zeichnung fehlt.

Aus Gründen der Effizienz und der Koordinierung ist es
erforderlich, daß die Mitgliedstaaten die für die Markt-
überwachung zuständige(n) Behörde(n) als die Behörde(n)
benennen, die von den Zollbehörden in den obenge-
nannten Fällen zu unterrichten ist (sind).

Nach ihrer Unterrichtung müssen sich die zuständigen
Behörden vergewissern können, daß die betreffenden
Erzeugnisse den Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts
und des nationalen Rechts auf dem Gebiet der Produktsi-
cherheit entsprechen.

Diese Behörden müssen möglichst rasch tätig werden, um
dem obengenannten ernsten Verdacht und den interna-
tionalen Verpflichtungen der Gemeinschaft, insbesondere
hinsichtlich der Kontrolle der Einhaltung technischer
Normen, Rechnung zu tragen.

Werden daher von den nationalen Marktüberwachungsbe-
hörden innerhalb dieser Frist keine Maßnahmen
einschließlich Sicherungsmaßnahmen getroffen, so ist die
Abfertigung zum freien Verkehr vorbehaltlich der Erfül-
lung aller sonstigen Einfuhrformalitäten zu genehmigen.

Zur Gewährleistung der Kohärenz sollte diese Verord-
nung nur insoweit anwendbar sein, wie das bestehende
Gemeinschaftsrecht auf dem Gebiet des Schutzes von
Sicherheit und Gesundheit keine speziellen Bestim-
mungen über die Einrichtung besonderer Produktkont-
rollen an den Grenzen vorsieht.

Bei der Ausübung dieser Kontrollen ist zum einen der
Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten, d. h. die
Kontrollen müssen sich streng im Rahmen des Notwen-
digen halten, und zum anderen den Verpflichtungen
Rechnung zu tragen, die sich aus dem Internationalen
Übereinkommen zur Harmonisierung der Warenkont-
rollen an den Grenzen ergeben, das im Namen der
Gemeinschaft mit der Verordnung (EWG) Nr. 1262/84
des Rates (²) genehmigt wurde.

Um ein hohes Sicherheitsniveau bei den Einfuhrvor-
gängen zu gewährleisten, obliegt es der Kommission und
den einzelnen Mitgliedstaaten, für die Transparenz der
Maßnahmen zur Durchführung dieser Verordnung zu
sorgen, und es ist Sache aller Mitgliedstaaten, sich unter-
einander die jeweils erforderliche Unterstützung zu
gewähren.

(¹) ABl. Nr. C 329 vom 15. 12. 1992, S. 3.

(²) ABl. Nr. L 126 vom 12. 5. 1984, S. 1.

Insbesondere müssen die Zollbehörden Zugang zu den für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Informationen haben, indem sie zum einen genaue Kenntnis von den besonders betroffenen Erzeugnissen oder Erzeugnisgruppen und zum anderen von den Kennzeichnungen und Begleitdokumenten der betreffenden Erzeugnisse erhalten.

Die Anwendung dieser Verordnung muß beobachtet werden, damit die für deren Effizienz erforderlichen Anpassungen vorgenommen werden können.

Diese Verordnung ist Bestandteil der gemeinsamen Handelspolitik; sie beschränkt sich auf das, was für reibungslose Kontrollen der Übereinstimmung der aus Drittländern eingeführten Erzeugnisse mit den auf dem Markt der Gemeinschaft geltenden Bestimmungen über die Produktsicherheit erforderlich ist.

Die von der Gemeinschaft im Rahmen des GATT eingegangenen Verpflichtungen, den Handelsverkehr auf nichtdiskriminierender Grundlage zu entwickeln, sowie diejenigen im Rahmen des GATT-Kodex über technische Handelshemmnisse, wonach Normen nicht zur Behinderung des internationalen Handels führen sollen, sollten bei diesen Kontrollen eingehalten werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Im Sinne dieser Verordnung gelten

- „für die Marktüberwachung zuständige nationale Behörden“ : die einzelstaatliche(n) Behörde(n), die von den Mitgliedstaaten benannt und beauftragt ist (sind), Kontrollen zur Überprüfung der Konformität der auf den Markt der Gemeinschaft oder den nationalen Markt gebrachten Erzeugnisse mit den für sie geltenden Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts und des nationalen Rechts durchzuführen ;
- „Begleitdokument“ : jedes Dokument, das ein Erzeugnis gemäß den geltenden Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts oder des nationalen Rechts beim Inverkehrbringen begleiten muß ;
- „Kennzeichnung“ : jede Kennzeichnung oder Etikettierung, die auf einem Erzeugnis gemäß den geltenden Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts oder des nationalen Rechts angebracht werden muß und die die Übereinstimmung dieses Erzeugnisses mit den genannten Rechtsvorschriften bescheinigt ;
- „Zollbehörden“ : die unter anderem für die Anwendung der zollrechtlichen Vorschriften zuständigen Behörden.

Artikel 2

Stellen die Zollbehörden im Rahmen der Kontrollen von Waren, die für die Abfertigung zum freien Verkehr angemeldet werden, fest,

- daß ein Erzeugnis oder ein Erzeugnisposten Merkmale aufweist, die geeignet sind, einen erheblichen Verdacht hinsichtlich des Vorhandenseins einer ernsten und unmittelbaren Gefahr für die Gesundheit oder Sicherheit zu begründen, wenn es unter üblichen und voraussehbaren Umständen benutzt wird, und/oder
- daß ein Dokument fehlt, das einem Erzeugnis oder einem Erzeugnisposten beigelegt sein muß, oder daß eine Kennzeichnung fehlt, die nach den Vorschriften des Mitgliedstaats, in dem die Abfertigung zum freien Verkehr beantragt wird, oder des Gemeinschaftsrechts auf dem Gebiet der Produktsicherheit vorgesehen ist,

so setzen sie die Freigabe für das betreffende Erzeugnis oder den Erzeugnisposten aus und informieren unverzüglich die für die Marktüberwachung zuständigen nationalen Behörden.

Artikel 3

Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission mit, welche für die Marktüberwachung zuständigen nationalen Behörden im Falle der Anwendung des Artikels 2 zu unterrichten sind ; die Kommission unterrichtet hiervon die übrigen Mitgliedstaaten.

Artikel 4

(1) Die für die Marktüberwachung zuständigen nationalen Behörden müssen in der Lage sein, bei jedem Erzeugnis, dessen Freigabe von den Zollbehörden gemäß Artikel 2 ausgesetzt wurde, einzuschreiten. Schreitet die Behörde nicht ein, so findet Artikel 5 Absatz 2 Anwendung.

(2) Bei verderblichen Waren sorgen die für die Marktüberwachung zuständigen nationalen Behörden und die Zollbehörden soweit wie möglich dafür, daß die von ihnen eventuell auferlegten Bedingungen für die Lagerung der Waren oder das Abstellen von Transportmitteln der Notwendigkeit Rechnung tragen, daß die Waren frisch bleiben.

Artikel 5

Sind die für die Marktüberwachung zuständigen nationalen Behörden, die gemäß Artikel 4 tätig geworden sind, der Auffassung, daß das betreffende Erzeugnis keine ernste und unmittelbare Gefahr für Gesundheit und Sicherheit darstellt und/oder daß es den geltenden Vorschriften des Gemeinschaftsrechts oder des nationalen Rechts auf dem Gebiet der Produktsicherheit entspricht, so wird dieses Erzeugnis in den freien Verkehr überführt, sofern alle übrigen Voraussetzungen und Förmlichkeiten für die Abfertigung zum freien Verkehr erfüllt sind.

Das gleiche gilt, falls bei den Zollbehörden, die Artikel 2 angewandt haben, nicht innerhalb einer Frist von drei Arbeitstagen nach der Aussetzung der Freigabe eine Mitteilung über die von den für die Marktüberwachung zuständigen nationalen Behörden getroffenen Interventions- oder Sicherheitsmaßnahmen eingeht.

Artikel 6

(1) Stellen die für die Marktüberwachung zuständigen nationalen Behörden fest, daß das betreffende Erzeugnis eine ernste und unmittelbare Gefahr darstellt, so treffen sie die gebotenen Maßnahmen gemäß den geltenden Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts oder des nationalen Rechts, um das Inverkehrbringen zu unterbinden, und ersuchen die Zollbehörden, auf der dem Erzeugnis beigefügten Warenrechnung sowie auf allen sonstigen entsprechenden Begleitpapieren einen der folgenden Hinweise anzubringen:

- „Producto peligroso — no se autoriza su despacho a libre práctica — Reglamento (CEE) n° 339/93“;
- „Farligt produkt — overgang til fri omsætning ikke tilladt — forordning (EØF) nr. 339/93“;
- „Gefährliches Erzeugnis — Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr nicht gestattet — Verordnung (EWG) Nr. 339/93“;
- „Επικίνδυνο προϊόν — δεν επιτρέπεται η ελεύθερη κυκλοφορία — Κανονισμός (ΕΟΚ) αριθ. 339/93“;
- „Dangerous product — release for free circulation not authorized — Regulation (EEC) No 339/93“;
- „Produit dangereux — mise en libre pratique non autorisée — règlement (CEE) n° 339/93“;
- „Prodotto pericoloso — immissione in libera pratica non autorizzata — regolamento (CEE) n. 339/93“;
- „Gevaarlijk produkt — het in het vrije verkeer brengen ervan niet toegestaan — Verordening (EEG) nr. 339/93“;
- „Produto perigoso — colocação em livre prática não permitida — Regulamento (CEE) n° 339/93“.

(2) Stellen die für die Marktüberwachung zuständigen nationalen Behörden fest, daß das betreffende Erzeugnis nicht den geltenden Vorschriften des Gemeinschaftsrechts oder des nationalen Rechts auf dem Gebiet der Produktsicherheit entspricht, so treffen sie die geeigneten Maßnahmen, die nach den genannten Vorschriften erforderlichenfalls bis zum Verbot des Inverkehrbringens gehen können; in diesem Fall ersuchen sie die Zollbehörden, auf der dem Erzeugnis beigefügten Warenrechnung sowie auf allen sonstigen entsprechenden Begleitpapieren einen der folgenden Hinweise anzubringen:

- „Producto no conforme — no se autoriza su despacho a libre práctica — Reglamento (CEE) n° 339/93“;
- „Ikke overensstemmende produkt — overgang til fri omsætning ikke tilladt — forordning (EØF) nr. 339/93“;
- „Nichtkonformes Erzeugnis — Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr nicht gestattet — Verordnung (EWG) Nr. 339/93“;
- „Ακατάλληλο προϊόν — δεν επιτρέπεται η ελεύθερη κυκλοφορία — Κανονισμός (ΕΟΚ) αριθ. 339/93“;
- „Product not in conformity — release for free circulation not authorized — Regulation (EEC) No 339/93“;
- „Produit non conforme — mise en libre pratique non autorisée — règlement (CEE) n° 339/93“;

— „Prodotto non conforme — immissione in libera pratica non autorizzata — regolamento (CEE) n. 339/93“;

— „Niet-conform produkt — het in het vrije verkeer brengen ervan niet toegestaan — Verordening (EEG) nr. 339/93“;

— „Produto não conforme — colocação em livre prática não permitida — Regulamento (CEE) n° 339/93“.

(3) Für die Anwendung dieser Verordnung finden die Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 1468/81 des Rates vom 19. Mai 1981 betreffend die gegenseitige Unterstützung der Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit dieser Behörden mit der Kommission, um die ordnungsgemäße Anwendung der Zoll- und der Agrarregelung zu gewährleisten⁽¹⁾, entsprechende Anwendung.

(4) Wenn das betreffende Erzeugnis anschließend für eine andere Zollbestimmung als die Überführung in den freien Verkehr angemeldet wird, und sofern die für die Marktüberwachung zuständigen nationalen Behörden dies nicht ablehnen, werden die in den Absätzen 1 und 2 genannten Hinweise unter den gleichen Voraussetzungen ebenfalls auf den Dokumenten für diese Bestimmung angebracht.

Artikel 7

Diese Verordnung findet so lange Anwendung, wie das Gemeinschaftsrecht keine spezifischen Vorschriften über die Einrichtung besonderer Produktkontrollen an den Grenzen vorsieht.

Diese Verordnung findet keine Anwendung in den Fällen, die unter die Gemeinschaftsvorschriften über die pflanzen- und veterinärrechtlichen sowie tierzucht- und tierschutzrechtlichen Kontrollen fallen.

Artikel 8

Innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung und um Zwecke der Anwendung derselben wird nach dem Verfahren des Artikels 9 im Rahmen der Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts das Verzeichnis der Erzeugnisse oder Erzeugnisgruppen erstellt, die von Artikel 2 zweiter Gedankenstrich besonders betroffen sind; dieses Verzeichnis wird anhand der gewonnenen Erfahrungen und/oder der Vorschriften auf dem Gebiet der Produktsicherheit erstellt. Erforderlichenfalls wird das Verzeichnis nach demselben Verfahren überprüft, um es einer neuen Sachlage anzupassen, die sich aus den gewonnenen Erfahrungen und der Weiterentwicklung der Vorschriften auf dem Gebiet der Produktsicherheit ergibt.

Artikel 9

(1) Die Kommission wird von einem Ausschuss unterstützt, der sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzt und in dem der Vertreter der Kommission den Vorsitz führt.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 144 vom 2. 6. 1981, S. 1. Verordnung geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 945/87 (AbI. Nr. L 90 vom 2. 4. 1987, S. 3).

(2) Der Vertreter der Kommission unterbreitet dem Ausschuß den Entwurf zur Erstellung bzw. Änderung des Verzeichnisses der Erzeugnisse oder Erzeugnisgruppen, die von Artikel 2 zweiter Gedankenstrich besonders betroffen sind. Der Ausschuß gibt seine Stellungnahme zu diesem Entwurf innerhalb einer Frist ab, die der Vorsitzende unter Berücksichtigung der Dringlichkeit der zu treffenden Maßnahmen festsetzen kann. Die Stellungnahme wird mit der Mehrheit abgegeben, die in Artikel 148 Absatz 2 des Vertrages für die Annahme der vom Rat auf Vorschlag der Kommission zu fassenden Beschlüsse vorgesehen ist. Bei der Abstimmung im Ausschuß werden die Stimmen der Vertreter der Mitgliedstaaten gemäß dem vorgenannten Artikel gewogen. Der Vorsitzende nimmt an der Abstimmung nicht teil.

(3) a) Die Kommission erläßt Maßnahmen, die unmittelbar gelten.

b) Stimmen die geplanten Maßnahmen jedoch mit der Stellungnahme des Ausschusses nicht überein, so werden sie sofort von der Kommission dem Rat mitgeteilt. In diesem Fall gilt folgendes :

— Die Kommission verschiebt die Durchführung der von ihr beschlossenen Maßnahmen um einen Zeitraum von höchstens drei Monaten von dieser Mitteilung an.

— Der Rat kann innerhalb des im ersten Gedankenstrich genannten Zeitraums mit qualifizierter Mehrheit einen anderslautenden Beschluß fassen.

Artikel 10

Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission die Einzelheiten der in Artikel 1 definierten Kennzeichnungen und Begleitdokumente der Erzeugnisse mit, die nach den Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts oder des jeweiligen nationalen Rechts erforderlich sind; ferner begründen sie die den Zollbehörden zur Anwendung des Artikels 2 zweiter Gedankenstrich gegebenen Anweisungen. Die Kommission leitet diese Angaben umgehend an die anderen Mitgliedstaaten weiter. Die erste dieser

Mitteilungen erfolgt innerhalb zweier Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung.

Artikel 11

(1) Hält ein Mitgliedstaat es für die Zwecke der Durchführung dieser Verordnung für erforderlich, besondere Zollabfertigungsstellen für die Kontrolle bestimmter Waren zu benennen, so teilt er dies der Kommission und den anderen Mitgliedstaaten mit; die Kommission veröffentlicht eine Liste der besonderen Zollabfertigungsstellen und schreibt diese fort.

(2) Die Belastungen, die sich für die Wirtschaftsteilnehmer aus der Verpflichtung ergeben, eine besondere Abfertigungsstelle gemäß Absatz 1 zu durchlaufen, dürfen im Verhältnis zum angestrebten Ziel und unter Berücksichtigung der Umstände, die diese Verpflichtung gegebenenfalls rechtfertigen, nicht unverhältnismäßig hoch sein.

Artikel 12

Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission innerhalb zweier Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung die Vorschriften mit, die sie gemäß der Verordnung erlassen haben. Die Kommission übermittelt den Wortlaut dieser Vorschriften den anderen Mitgliedstaaten.

Artikel 13

Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament und dem Rat innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung Bericht über deren Durchführung und schlägt gegebenenfalls entsprechende Änderungen vor. Für die Zwecke der Erstellung dieses Berichts übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission alle sachdienlichen Informationen über die Einzelheiten der Anwendung der Verordnung, insbesondere über die Statistiken über die Anwendung des Artikels 6.

Artikel 14

Diese Verordnung tritt einen Monat nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 8. Februar 1993.

Im Namen des Rates

Der Präsident

J. TRØJBORG

VERORDNUNG (EWG) Nr. 340/93 DER KOMMISSION

vom 16. Februar 1993

**zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen
oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Getreide ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 1738/92 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13
Absatz 5,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates
vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit und
die im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik anzuwen-
denden Umrechnungskurse ⁽³⁾, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Getreide, Mehlen von Weizen
und Roggen, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen zu
erhebenden Abschöpfungen sind durch die Verordnung
(EWG) Nr. 3873/92 der Kommission ⁽⁴⁾ und die später zu
ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt
worden.Um ein reibungsloses Funktionieren der Abschöpfungsre-
gelung zu ermöglichen, ist für die Berechnung derAbschöpfungen bei den floatenden Währungen der im
Referenzzeitraum vom 15. Februar 1993 festgestellte
repräsentative Marktkurs anzuwenden.Die Anwendung der in der Verordnung (EWG)
Nr. 3873/92 enthaltenen Bestimmungen auf die heutigen
Angebotspreise und Notierungen, von denen die
Kommission Kenntnis hat, führt zu einer Änderung der
gegenwärtig gültigen Abschöpfungen, wie im Anhang zu
dieser Verordnung angegeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und
c) der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 genannten Erzeug-
nisse zu erhebenden Abschöpfungen werden im Anhang
festgesetzt.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 17. Februar 1993 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 16. Februar 1993

Für die Kommission

René STEICHEN

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 180 vom 1. 7. 1992, S. 1.⁽³⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 390 vom 31. 12. 1992, S. 118.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 16. Februar 1993 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen

(ECU/Tonne)

KN-Code	Drittländer (*)
0709 90 60	134,62 ⁽²⁾ ⁽³⁾
0712 90 19	134,62 ⁽²⁾ ⁽³⁾
1001 10 00	174,07 ⁽¹⁾ ⁽⁷⁾ ⁽¹⁰⁾
1001 90 91	137,94
1001 90 99	137,94 ⁽¹¹⁾
1002 00 00	148,29 ⁽⁶⁾
1003 00 10	124,19
1003 00 20	124,19
1003 00 80	124,19 ⁽¹¹⁾
1004 00 00	113,38
1005 10 90	134,62 ⁽²⁾ ⁽³⁾
1005 90 00	134,62 ⁽²⁾ ⁽³⁾
1007 00 90	135,79 ⁽⁴⁾
1008 10 00	44,75 ⁽¹¹⁾
1008 20 00	77,25 ⁽⁴⁾
1008 30 00	34,73 ⁽²⁾
1008 90 10	(7)
1008 90 90	34,73
1101 00 00	205,30 ⁽⁸⁾ ⁽¹¹⁾
1102 10 00	220,33 ⁽⁸⁾
1103 11 30	282,78 ⁽⁸⁾ ⁽¹⁰⁾
1103 11 50	282,78 ⁽⁸⁾ ⁽¹⁰⁾
1103 11 90	220,57 ⁽⁸⁾

- (1) Für Hartweizen mit Ursprung in Marokko, der unmittelbar von diesem Land in die Gemeinschaft befördert wird, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.
- (2) Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 715/90 werden keine Abschöpfungen unmittelbar bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean in die französischen überseeischen Departements erhoben.
- (3) Für Mais mit Ursprung in den AKP-Staaten wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 1,81 ECU je Tonne verringert.
- (4) Für Hirse und Sorghum mit Ursprung in den AKP-Staaten, wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 715/90 erhoben.
- (5) Für Hartweizen und Kanariensaat, die in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert worden sind, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.
- (6) Die zu erhebende Abschöpfung auf Roggen, der vollständig in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert wurde, wird durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1180/77 des Rates (ABl. Nr. L 142 vom 9. 6. 1977, S. 10), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1902/92 (ABl. Nr. L 192 vom 11. 7. 1992, S. 3), und (EWG) Nr. 2622/71 der Kommission (ABl. Nr. L 271 vom 10. 12. 1971, S. 22), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 560/91 (ABl. Nr. L 62 vom 8. 3. 1991, S. 26), bestimmt.
- (7) Bei der Einfuhr von Erzeugnissen des KN-Codes 1008 90 10 (Triticale) wird die Abschöpfung von Roggen erhoben.
- (8) Die Abschöpfung wird bei der Einfuhr in Portugal um den in Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3808/90 genannten Betrag erhöht.
- (9) Gemäß Artikel 101 Absatz 1 der Entscheidung 91/482/EWG werden bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den überseeischen Ländern und Gebieten Abschöpfungen nur erhoben, wenn Absatz 4 desselben Artikels angewandt wird.
- (10) Gemäß Artikel 101 Absatz 4 der Entscheidung 91/482/EWG wird ein Beitrag gleich dem mit der Verordnung (EWG) Nr. 1825/91 (ABl. Nr. L 166 vom 26. 6. 1991, S. 42) festgesetzten Betrag erhoben.
- (11) Auf Erzeugnisse dieses Codes, die aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn im Rahmen der zwischen diesen Ländern und der Gemeinschaft geschlossenen Interimsabkommen mit einer gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 585/92 erteilten Bescheinigung EUR 1 eingeführt werden, werden die im Anhang der genannten Verordnung angegebenen Abschöpfungen erhoben.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 341/93 DER KOMMISSION

vom 16. Februar 1993

zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —**

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1738/92⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 15 Absatz 6,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit und die im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik anzuwendenden Umrechnungskurse⁽³⁾, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden, sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 3874/92 der Kommission⁽⁴⁾ und die später zu ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt worden.

Um ein reibungsloses Funktionieren der Abschöpfungsregelung zu ermöglichen, ist für die Berechnung der

Abschöpfungen bei den floatenden Währungen der im Referenzzeitraum vom 15. Februar 1993 festgestellte repräsentative Marktkurs anzuwenden.

Aufgrund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-Preise für Terminkäufe werden die zur Zeit geltenden Prämien, die den Abschöpfungen hinzugefügt werden, wie im Anhang zu dieser Verordnung angegeben geändert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Prämien, die den nach Artikel 15 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten Abschöpfungen für Einfuhren von Getreide und Malz aus Drittländern hinzuzufügen sind, sind im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 17. Februar 1993 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 16. Februar 1993

Für die Kommission

René STEICHEN

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 180 vom 1. 7. 1992, S. 1.⁽³⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 390 vom 31. 12. 1992, S. 121.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 16. Februar 1993 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

A. Getreide und Mehl

(ECU/Tonne)

KN-Code	laufender Monat 2	1. Term. 3	2. Term. 4	3. Term. 5
0709 90 60	0	0,63	0,63	3,00
0712 90 19	0	0,63	0,63	3,00
1001 10 00	0	0	0	0
1001 90 91	0	1,03	1,03	0
1001 90 99	0	1,03	1,03	0
1002 00 00	0	0	0	0
1003 00 10	0	0	0	0
1003 00 20	0	0	0	0
1003 00 80	0	0	0	0
1004 00 00	0	0	0	0
1005 10 90	0	0,63	0,63	3,00
1005 90 00	0	0,63	0,63	3,00
1007 00 90	0	0	0	6,25
1008 10 00	0	0	0	0
1008 20 00	0	0	0	0
1008 30 00	0	0	0	5,31
1008 90 90	0	0	0	5,31
1101 00 00	0	1,44	1,44	0

B. Malz

(ECU/Tonne)

KN-Code	laufender Monat 2	1. Term. 3	2. Term. 4	3. Term. 5	4. Term. 6
1107 10 11	0	1,83	1,83	0	0
1107 10 19	0	1,37	1,37	0	0
1107 10 91	0	0	0	0	0
1107 10 99	0	0	0	0	0
1107 20 00	0	0	0	0	0

VERORDNUNG (EWG) Nr. 342/93 DER KOMMISSION

vom 16. Februar 1993

zur Wiedereinführung der Erhebung der Zölle für die Waren des KN-Codes 6403 mit Ursprung in Indonesien und Thailand, denen die in der Verordnung (EWG) Nr. 3831/90 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3831/90 des Rates vom 20. Dezember 1990 zur Anwendung allgemeiner Zollpräferenzen auf bestimmte gewerbliche Waren mit Ursprung in Entwicklungsländern im Jahr 1991⁽¹⁾, verlängert für 1993 durch die Verordnung (EWG) Nr. 3917/92⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 9,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach den Artikeln 1 und 6 der Verordnung (EWG) Nr. 3831/90 wird die Zollausssetzung für 1993 jedem der in Anhang III aufgeführten Länder und Gebiete mit Ausnahme derjenigen, die in Spalte 4 des Anhangs I genannt sind, im Rahmen der in Spalte 6 des Anhangs I festgesetzten Präferenzzollplafonds gewährt. Sobald die individuellen Plafonds auf Gemeinschaftsebene erreicht sind, kann nach Artikel 7 der genannten Verordnung die Erhebung der Zölle bei der Einfuhr der betreffenden Waren mit Ursprung in jedem der betreffenden Länder

und Gebiete zu jedem Zeitpunkt wiedereingeführt werden.

Für die Waren des KN-Codes 6403 mit Ursprung in Indonesien und Thailand beträgt der individuelle Plafond 4 410 000 ECU. Am 22. Januar 1993 haben die in der Gemeinschaft angerechneten Einfuhren der genannten Waren aus Indonesien und Thailand den Plafond erreicht.

Es ist angezeigt, die Erhebung der Zölle für die betreffenden Waren gegenüber Indonesien und Thailand wieder einzuführen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Ab 20. Februar 1993 wird die Erhebung der Zölle, die aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 3831/90 für 1993 ausgesetzt ist, für Einfuhren der folgenden Waren mit Ursprung in Indonesien und Thailand in die Gemeinschaft wiedereingeführt :

Laufende Nummer	KN-Code	Warenbezeichnung
10.0670	6403	Schuhe mit Laufsohlen aus Kautschuk, Kunststoff, Leder oder rekonstituiertem Leder und Oberteil aus Leder

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 16. Februar 1993

Für die Kommission

Christiane SCRIVENER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1990, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 396 vom 31. 12. 1992, S. 1.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 343/93 DER KOMMISSION

vom 16. Februar 1993

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 859/89 mit Durchführungsbestimmungen für die Interventionsmaßnahmen für Rindfleisch

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates
vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Rindfleisch ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 125/93 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 6
Absatz 7,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 859/89 der Kommis-
sion ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG)
Nr. 3891/92 ⁽⁴⁾, wurde insbesondere die Ausschreibung
geregelt.

Da neben den klassischen Interventionsmaßnahmen für ausgewachsene Rinder eine neue wahlfreie Regelung für leichte Schlachtkörper von Rindern eingeführt wurde, könnten 150 bis 200 kg schwere Schlachtkörper unter bestimmten Voraussetzungen im Rahmen der zwei Regelungen angeboten werden. Die Anwendung der in Artikel 15 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 859/89 genannten Koeffizienten kann für leichtere Qualitäten im Rahmen der neuen und nicht im Rahmen der klassischen Regelung angeboten werden. Da eine solche Situation dem mit der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik angestrebten Zweck entgegensteht, ist die Anwendung dieser

Bestimmung auf 150 bis 200 kg schwere Schlachtkörper
auszusetzen.Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Rindfleisch —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*In Artikel 15 der Verordnung (EWG) Nr. 859/89 erhält
Absatz 2 folgende Fassung :

„(2) Bezieht sich die Übernahme auf andere in der Bekanntmachung der Ausschreibung angegebene Qualitäten als die Qualität R3, wird der dem Zuschlagsempfänger zu zahlende Preis durch Anwendung des auf die gekaufte Qualität anwendbaren und in Anhang IV festgelegten Umrechnungskoeffizienten berichtet.

Diese Bestimmung gilt jedoch nicht für 150 bis 200 kg schwere Schlachtkörper.“

*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Sie gilt ab der zweiten Ausschreibung im Februar 1993.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 16. Februar 1993

Für die Kommission

René STEICHEN

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24.⁽²⁾ ABl. Nr. L 18 vom 27. 1. 1993, S. 1.⁽³⁾ ABl. Nr. L 91 vom 4. 4. 1989, S. 5.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 391 vom 31. 12. 1992, S. 57.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 344/93 DER KOMMISSION

vom 16. Februar 1993

**zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2047/84 zur Bestimmung der anderen
Interventionsorte für Reis als Vercelli**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des Rates
vom 21. Juni 1976 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Reis ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 674/92 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4
Absatz 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Diese Orte wurden mit der Verordnung (EWG)
Nr. 2047/84 der Kommission ⁽³⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 2790/91 ⁽⁴⁾, festgelegt. Nach
der Anhörung gemäß Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung
(EWG) Nr. 1418/76 sollte das Verzeichnis dieser Orte
geändert werden.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Im Anhang der Verordnung (EWG) Nr. 2047/84 wird
Partie „2. Italien“ durch folgenden Text ersetzt:

„Regionen

Novara

Oristano

Pavia

Vercelli

Interventionsorte

Casalvolone
Vespolate

Oristano

Corteolona
Mede Lomellina
Palestro
S. Angelo Lomellina
Gambold

Dessana
Fontanetto Po
Formigliana
Trino Vercellese
Arborio“.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am siebten Tag nach ihrer Veröf-
fentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemein-
schaften* in Kraft.

Sie gilt ab 1. Januar 1993.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 16. Februar 1993

Für die Kommission

René STEICHEN

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 166 vom 25. 6. 1976, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 73 vom 19. 3. 1992, S. 7.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 190 vom 18. 7. 1984, S. 5.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 269 vom 25. 9. 1991, S. 15.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 345/93 DER KOMMISSION

vom 16. Februar 1993

zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Obst und Gemüse

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates
vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisa-
tion für Obst und Gemüse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 1754/92⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 30 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Um eine wirtschaftlich wichtige Ausfuhr zu ermöglichen,
kann nach Artikel 30 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72
der Unterschied zwischen den Preisen der in diesem
Artikel genannten Erzeugnisse im internationalen Handel
und den in der Gemeinschaft angewandten Preisen,
soweit erforderlich, durch eine Erstattung bei der Ausfuhr
ausgeglichen werden.

Nach Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2518/69 des
Rates vom 9. Dezember 1969 über die Grundregeln für
die Gewährung von Erstattungen bei der Ausfuhr von
Obst und Gemüse und die Kriterien für die Festsetzung
der Erstattung⁽³⁾, geändert durch die Verordnung (EWG)
Nr. 2455/72⁽⁴⁾, sind die Erstattungen unter Berücksichti-
gung der Lage oder der voraussichtlichen Entwicklung
einerseits der Preise für Obst und Gemüse auf dem Markt
der Gemeinschaft und der verfügbaren Mengen und
andererseits der Preise im internationalen Handel festzu-
setzen, wobei auch den in Artikel 2 unter Buchstabe b)
genannten Kosten sowie dem wirtschaftlichen Aspekt der
beabsichtigten Ausfuhr Rechnung zu tragen ist.

Gemäß Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2518/69
werden die Preise auf dem Markt der Gemeinschaft unter
Berücksichtigung der im Hinblick auf die Ausfuhr
günstigsten Preise ermittelt, wobei die Ermittlung der
Preise im internationalen Handel unter Berücksichtigung
der im Absatz 2 dieses Artikels genannten Notierungen
und Preise erfolgt.

Die Lage im internationalen Handel oder die besonderen
Erfordernisse gewisser Märkte können unterschiedliche
Erstattungen für ein bestimmtes Erzeugnis je nach
Bestimmung oder Bestimmungsgebiet notwendig
machen.

Tomaten, frische Zitronen, frische Süßorangen und Äpfel
der Güteklassen Extra, I und II der gemeinsamen Quali-
tätsnormen, Mandeln, Haselnüsse sowie Walnüsse mit der

Schale können gegenwärtig wirtschaftlich wichtige
Ausfuhr darstellen.

Die Verordnung (EWG) Nr. 1432/92 des Rates⁽⁵⁾, zuletzt
geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3534/92⁽⁶⁾,
untersagt den Handel zwischen der Europäischen
Gemeinschaft und den Republiken Serbien und Monte-
negro. Dieses Verbot gilt jedoch nicht für bestimmte, in
den Artikeln 2 und 3 derselben Verordnung als Beispiele
angeführte Situationen. Dieser Regelung ist bei der Fest-
setzung der Erstattungen Rechnung zu tragen.

Die mit Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des
Rates⁽⁷⁾ festgelegten repräsentativen Marktkurse werden
bei der Umrechnung der in den Drittländwährungen
ausgedrückten Beträge berücksichtigt. Außerdem werden
sie bei der Bestimmung der den Währungen der Mitglied-
staaten entsprechenden landwirtschaftlichen Umrech-
nungskurse zugrunde gelegt. Die für diese Umrech-
nungen erforderlichen Durchführungsbestimmungen
wurden mit der Verordnung (EWG) Nr. 3819/92 der
Kommission⁽⁸⁾ erlassen.

Bei Anwendung der obengenannten Modalitäten auf die
derzeitige Marktlage oder ihre voraussichtliche Entwick-
lung, insbesondere auf die Notierungen und die Obst-
und Gemüsepreise in der Gemeinschaft und im interna-
tionalen Handel, ist die Erstattung gemäß dem Anhang
zu dieser Verordnung festzusetzen.

Für Portugal wurde mit der Beitrittsakte eine stufenweise
Übergangsregelung eingeführt.

Bei der Festsetzung der für Portugal geltenden Erstat-
tungen sollte gemäß Artikel 255 der Beitrittsakte ab der
zweiten Übergangsstufe, d.h. ab 1. Januar 1991, den
Preisunterschieden Rechnung getragen werden, die für
das jeweilige Erzeugnis wirtschaftlich gerechtfertigt sind.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Obst und Gemüse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die im Sektor Obst und Gemüse geltenden Ausfuhrerstat-
tungen werden im Anhang dieser Verordnung in Spalte I
für Portugal und in Spalte II für die anderen Mitglied-
staaten festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 21. Februar 1993 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 180 vom 1. 7. 1992, S. 23.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 318 vom 18. 12. 1969, S. 17.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 266 vom 25. 11. 1972, S. 7.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 151 vom 3. 6. 1992, S. 4.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 358 vom 8. 12. 1992, S. 16.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 17.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 16. Februar 1993

Für die Kommission
René STEICHEN
Mitglied der Kommission

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 16. Februar 1993 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Obst und Gemüse

Erzeugniscode	Bestimmung der Erstattungen (°)	Erstattungsbeiträge (°)		Erzeugniscode	Bestimmung der Erstattungen (°)	Erstattungsbeiträge (°)	
		Portugal (I)	Andere Mitgliedstaaten (II)			Portugal (I)	Andere Mitgliedstaaten (II)
0702 00 10 100	04	1,19	4,50	0806 10 11 900	—	—	—
0702 00 10 900	—	—	—	0806 10 15 200	04	—	—
0702 00 90 100	04	1,19	4,50	0806 10 15 900	—	—	—
0702 00 90 900	—	—	—	0806 10 19 200	04	—	—
0802 12 90 000	04	9,67	9,67	0806 10 19 900	—	—	—
0802 21 00 000	04	11,30	11,30	0808 10 31 100	—	—	—
0802 22 00 000	04	21,80	21,80	0808 10 31 910	02	4,27	8,00
0802 31 00 000	04	14,00	14,00	0808 10 31 990	—	—	—
0805 10 11 200	01	7,24	11,00	0808 10 33 100	—	—	—
0805 10 11 900	—	—	—	0808 10 33 910	02	4,27	8,00
0805 10 15 200	01	7,24	11,00	0808 10 33 990	—	—	—
0805 10 15 900	—	—	—	0808 10 39 100	—	—	—
0805 10 19 200	01	7,24	11,00	0808 10 39 910	02	4,27	8,00
0805 10 19 900	—	—	—	0808 10 39 990	—	—	—
0805 10 21 200	01	7,24	11,00	0808 10 51 100	—	—	—
0805 10 21 900	—	—	—	0808 10 51 910	02	4,27	8,00
0805 10 25 200	01	7,24	11,00	0808 10 51 990	—	—	—
0805 10 25 900	—	—	—	0808 10 53 100	—	—	—
0805 10 29 200	01	7,24	11,00	0808 10 53 910	02	4,27	8,00
0805 10 29 900	—	—	—	0808 10 53 990	—	—	—
0805 10 31 200	01	7,24	11,00	0808 10 59 100	—	—	—
0805 10 31 900	—	—	—	0808 10 59 910	02	4,27	8,00
0805 10 35 200	01	7,24	11,00	0808 10 59 990	—	—	—
0805 10 35 900	—	—	—	0808 10 81 100	—	—	—
0805 10 39 200	01	7,24	11,00	0808 10 81 910	02	4,27	8,00
0805 10 39 900	—	—	—	0808 10 81 990	—	—	—
0805 10 41 200	01	7,24	11,00	0808 10 83 100	—	—	—
0805 10 41 900	—	—	—	0808 10 83 910	02	4,27	8,00
0805 10 45 200	01	7,24	11,00	0808 10 83 990	—	—	—
0805 10 45 900	—	—	—	0808 10 89 100	—	—	—
0805 10 49 200	01	7,24	11,00	0808 10 89 910	02	4,27	8,00
0805 10 49 900	—	—	—	0808 10 89 990	—	—	—
0805 20 50 100	—	—	—	0809 30 10 100	03	—	—
0805 20 50 900	—	—	—	0809 30 10 900	03	—	—
0805 30 10 100	04	5,92	13,50	0809 30 90 100	03	—	—
0805 30 10 900	—	—	—	0809 30 90 900	—	—	—
0806 10 11 200	04	—	—				

(°) Folgende Bestimmungen sind vorgesehen :

01 Österreich, die Schweiz, Finnland, Schweden, Grönland, Norwegen, Island, Malta, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakische Republik, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Estland, Lettland, Litauen, Armenien, Aserbeidschan, Weißrußland, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Moldawien, Rußland, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, die Ukraine, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slowenien und die frühere jugoslawische Republik Mazedonien ;

02 Schweden, Norwegen, Island, Österreich, Färöer-Inseln, Finnland, Grönland, Malta, Syrien, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakische Republik, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Estland, Lettland, Litauen, Armenien, Aserbeidschan, Weißrußland, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Moldawien, Rußland, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, die Ukraine, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slowenien und die frühere jugoslawische Republik Mazedonien, Bolivien, Brasilien, Venezuela, Peru, Panama, Ecuador, Kolumbien, die Länder und Territorien Afrikas mit Ausnahme Südafrikas, die Länder der Halbinsel Arabien (Saudi-Arabien, Bahrain, Katar, Oman, Vereinigte Arabische Emirate (Abu Dhabi, Dubai, Schardscha, Adschman, Umm al Kaiwein, Ras-el-Chaimah, Fuschairah), Kuwait und Jemen), Iran und Jordanien ;

03 alle Bestimmungen, mit Ausnahme der Schweiz und Österreichs ;

04 alle Bestimmungen.

(°) Die für die Ausfuhr nach den Republiken Serbien und Montenegro vorgesehenen Erstattungen dürfen nur im Rahmen der humanitären Hilfe gewährt werden, welche gemeinnützige Organisationen in Anwendung von Artikel 2 Buchstabe a) und Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1432/92 des Rates leisten.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 346/93 DER KOMMISSION

vom 16. Februar 1993

zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Weiß- und Rohzucker

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates
vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Zucker ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 3814/92 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 16 Absatz
8,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates
vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit und
die im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik anzuwen-
denden Umrechnungskurse ⁽³⁾, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Weißzucker und Rohzucker zu
erhebenden Abschöpfungen wurden mit der Verordnung
(EWG) Nr. 29/93 der Kommission ⁽⁴⁾, zuletzt geändert
durch die Verordnung (EWG) Nr. 336/93 ⁽⁵⁾, festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr. 29/93
enthaltenen Bestimmungen auf die Angaben, von denen

die Kommission Kenntnis hat, führt zu einer Änderung
der gegenwärtig gültigen Abschöpfungen wie im Anhang
zu dieser Verordnung angegeben.

Um ein reibungsloses Funktionieren der Abschöpfungsre-
gelung zu ermöglichen, ist für die Berechnung der
Abschöpfungen bei den floatenden Währungen der im
Referenzzeitraum vom 15. Februar 1993 festgestellte
repräsentative Marktkurs anzuwenden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die in Artikel 16 Absatz 1 der Verordnung (EWG)
Nr. 1785/81 genannten Abschöpfungen auf Rohzucker
der Standardqualität und auf Weißzucker sind im Anhang
festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 17. Februar 1993 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 16. Februar 1993

Für die Kommission

René STEICHEN

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 7.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 5 vom 9. 1. 1993, S. 14.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 38 vom 16. 2. 1993, S. 24.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 16. Februar 1993 zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Weiß- und Rohzucker

(ECU/100 kg)

KN-Code	Abschöpfungsbetrag ⁽¹⁾
1701 11 10	39,27 ⁽¹⁾
1701 11 90	39,27 ⁽¹⁾
1701 12 10	39,27 ⁽¹⁾
1701 12 90	39,27 ⁽¹⁾
1701 91 00	45,04
1701 99 10	45,04
1701 99 90	45,04 ⁽²⁾

⁽¹⁾ Nach den Bestimmungen des Artikels 2 oder 3 der Verordnung (EWG) Nr. 837/68 der Kommission berechneter Abschöpfungsbetrag.

⁽²⁾ Dieser Betrag gilt gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 außerdem für aus Weiß- und Rohzucker gewonnenen Zucker, dem andere Stoffe als Aroma- oder Farbstoffe zugesetzt sind.

⁽³⁾ Gemäß Artikel 101 Absatz 1 der Entscheidung 91/482/EWG werden bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den überseeischen Ländern und Gebieten keine Abschöpfungen erhoben. Gemäß Artikel 101 Absatz 4 der vorgenannten Entscheidung wird jedoch ein Beitrag gleich dem mit der Verordnung (EWG) Nr. 1870/91 festgesetzten Betrag erhoben.

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

KOMMISSION

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 22. Dezember 1992

zur Änderung der Entscheidung 79/542/EWG des Rates zur Aufstellung eines Verzeichnisses der Drittländer, aus denen die Mitgliedstaaten die Einfuhr von Rindern, Schweinen, Einhufern, frischem Fleisch und Fleischprodukten zulassen

(93/99/EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 72/462/EWG des Rates vom 12. Dezember 1972 zur Regelung tierseuchenrechtlicher und gesundheitlicher Fragen bei der Einfuhr von Rindern, Schweinen, Schafen und Ziegen, von frischem Fleisch oder von Fleischerzeugnissen aus Drittländern⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1601/92⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 3,

gestützt auf die Richtlinie 90/426/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Festlegung der tierseuchenrechtlichen Vorschriften für das Verbringen von Equiden und für ihre Einfuhr aus Drittländern⁽³⁾, geändert durch die Entscheidung 92/130/EWG der Kommission⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 12,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Der Rat hat mit seiner Entscheidung 79/542/EWG⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Entscheidung 92/376/EWG der Kommission⁽⁶⁾, eine Liste der Drittländer aufgestellt, aus denen die Mitgliedstaaten die Einfuhr von Rindern, Schweinen, Einhufern, frischem Fleisch und Fleischerzeugnissen zulassen.

Bei einer Inspektionsreise tierärztlicher Sachverständiger der Gemeinschaft hat sich herausgestellt, daß die tiergesundheitliche Lage sowie die Organisation der Veterinär-

dienste in Estland, Lettland, Litauen, Rußland und Weißrußland zufriedenstellend sind und die zuständigen Veterinärbehörden die erforderlichen Garantien bieten. Daher können diese Staaten in die Liste der Länder aufgenommen werden, aus denen die Mitgliedstaaten die Einfuhr von Rindern, Schweinen, Einhufern, frischem Fleisch und Fleischerzeugnissen zulassen; die Liste des Anhangs der Entscheidung 79/542/EWG ist entsprechend zu ändern.

Mit der Richtlinie 91/688/EWG⁽⁷⁾ legt der Rat zusätzliche tierseuchenrechtliche Maßnahmen bezüglich der klassischen Schweinepest fest, die es notwendig machen, die Einfuhr von frischem Fleisch von Wildschweinen aus Ländern, die nach wie vor gegen die klassische Schweinepest impfen, zu verbieten. Die Liste des Anhangs der Entscheidung 79/542/EWG ist entsprechend zu ändern.

Bei einer Inspektionsreise tierärztlicher Sachverständiger der Gemeinschaft in die Ukraine wurden die erforderlichen Garantien nicht gegeben. Daher ist es notwendig, dieses in bezug auf die Einfuhr von Equiden zu berücksichtigen und das Verzeichnis im Anhang der Entscheidung 79/542/EWG entsprechend zu ändern.

Die politischen Veränderungen in der vormaligen Republik Jugoslawien bedingen eine entsprechende Abänderung des Verzeichnisses im Anhang zur Entscheidung 79/542/EWG, unbeschadet der tierärztlichen Maßnahmen, die früher festgelegt wurden.

Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Veterinärausschusses —

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 302 vom 31. 12. 1972, S. 28.⁽²⁾ ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 13.⁽³⁾ ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 42.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 47 vom 22. 2. 1992, S. 26.⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 146 vom 14. 6. 1979, S. 15.⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 197 vom 16. 7. 1992, S. 70.⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1991, S. 18.

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 3

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Artikel 1

Der Anhang der Entscheidung 79/542/EWG wird durch den Anhang dieser Entscheidung ersetzt.

Brüssel, den 22. Dezember 1992

Artikel 2

Diese Entscheidung ist vor dem 31. Dezember 1992 zu überprüfen.

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

ANHANG

Land	Frisches Fleisch und Fleischerzeugnisse				Frisches Fleisch	Lebende Tiere		Anmerkungen	
	Haustiere				Wild	R	SCH	Frisches Fleisch	Fleischerzeugnisse
	R	S/Z	SCH	E	K				
Albanien		x	x	x					
Argentinien	x	x		x		x	x		(³)
Äthiopien									(³)
Australien	x	x	x	x	x	x	x		
Belize	x			x					(³)
Bosnien-Herzegowina	x	x	x	x	x	x	x	(¹)	(³)
Botsuana	x	x		x	x			(¹) (²)	(³)
Brasilien	x	x		x					(³)
Bulgarien	x	x	x	x	x	x	x	(¹)	(³)
Chile	x	x		x	x			(¹)	(³)
Volksrepublik China			x	x	x			(¹)	(³)
Costa Rica	x			x					(³)
El Salvador	x	x		x					(³)
Estland	x	x	x	x	x	x	x	(¹)	(³)
Finnland	x	x	x	x	x	x	x		
Grönland	x	x		x	x			(¹)	(³)
Guatemala	x			x					(³)
Honduras	x			x					(³)
Hongkong									(³)
Indien									(³)
Island	x	x	x	x	x	x	x		
Israel				x					(³)
Jugoslawische Republiken	x	x	x	x	x	x	x	(¹)	(³)
Kanada	x	x	x	x	x	x	x		
Kenia									(³)
Kolumbien	x			x					(³)
Kroatien	x	x	x	x	x	x	x	(¹)	(³)
Kuba	x			x					(³)
Lettland	x	x	x	x	x	x	x	(¹)	(³)
Litauen	x	x	x	x	x	x	x	(¹)	(³)
Madagaskar	x	x		x					(³)
Malta	x		x	x		x	x		(³)
Marokko				x					(³)
Mauritius									(³)
Mexiko	x			x					(³)
Namibia	x	x		x	x			(¹) (²)	(³)
Neuseeland	x	x	x	x	x	x	x		
Nicaragua	x			x					(³)
Norwegen	x	x	x	x	x	x	x		
Österreich	x	x	x	x	x	x	x		
Panama	x			x					(³)
Paraguay	x	x		x					(³)
Polen	x	x	x	x	x	x	x	(¹)	(³)
Rumänien	x	x	x	x	x	x	x	(¹)	(³)
Rußland	x	x	x	x	x	x	x	(¹) (²)	(³)

Land	Frisches Fleisch und Fleischerzeugnisse				Frisches Fleisch	Lebende Tiere		Anmerkungen	
	Haustiere				Wild	R	SCH	Frisches Fleisch	Fleischerzeugnisse
	R	S/Z	SCH	E	K				
Schweden	×	×	×	×	×	×	×		
Schweiz	×	×	×	×	×	×	×		
Simbabwe	×								(³)
Singapur									(³)
Slowenien	×	×	×	×	×	×	×	(¹)	(³)
Südafrika	×	×	×	×	×			(¹) (²)	(³)
Swasiland	×			×	×			(¹) (²)	(³)
Thailand									(³)
Tschechoslowakei	×	×	×	×	×	×	×	(¹)	(³)
Tunesien									(³) (⁴)
Türkei				×					(³)
Ungarn	×	×	×	×	×	×	×		
Uruguay	×	×		×					(³)
USA	×	×	×	×	×	×	×		
Weißrußland	×	×	×	×	×	×	×	(¹)	(³)
Zypern	×	×	×	×	×		×		

R = Rinder (einschließlich Büffel).

S/Z = Schafe/Ziegen.

SCH = Schweine.

E = Einhufer.

K = Klautiere.

× = zugelassen.

Anmerkungen:

(¹) Ausgenommen Wildschweinfleisch.

(²) Ausgenommen nicht entbeintes Fleisch und Schlachtnebenerzeugnisse wildlebender Klautiere.

(³) Unbeschadet der Beschränkungen gemäß vorstehender Liste sind Fleischerzeugnisse zulässig, die in einem hermetisch verschlossenen Behälter bis zu einem F-Wert von mindestens 3 hitzebehandelt wurden.

(⁴) Ungeachtet der Einschränkungen, die in der o. a. Liste aufgeführt sind, sind Fleischerzeugnisse zugelassen, die im Kern auf mindestens 80 °C erhitzt worden sind.

SONDERRUBRIK EQUIDEN

TEIL I	
Land	Equiden
Algerien	x
Argentinien	x
Australien	x
Brasilien	x
Bosnien-Herzegowina	x
Bulgarien	x
Chile	x
Estland	x
Finnland	x
Grönland	x
Island	x
Israel	x
Jugoslawische Republiken	x
Kanada	x
Kolumbien	x
Kroatien	x
Lettland	x
Litauen	x
Malta	x
Marokko	x (1)
Mauritius	x
Mexiko	x
Neuseeland	x
Norwegen	x
Österreich	x
Paraguay	x
Polen	x
Rumänien	x
Rußland	x
Schweden	x
Schweiz	x
Slowenien	x
Südafrika	x (1)
Tschechoslowakei	x
Tunesien	x
Ungarn	x
Uruguay	x
USA	x
Weißrußland	x
Zypern	x

(1) Die Mitgliedstaaten dürfen aus diesem Land keine Equiden einführen, solange keine spezifischen Bestimmungen gemäß Artikel 13 Absatz 2 der Richtlinie 90/426/EWG erlassen wurden.

TEIL II	
Land	Registrierte Pferde
Ägypten	x
Bahrein	x
Barbados	x
Bermudas	x
Bolivien	x
Costa Rica	x
Ecuador	x
Hongkong	x
Jamaika	x
Japan	x
Jordanien	x
Kuba	x
Kuwait	x
Libyen	x
Oman	x
Peru	x
Türkei	x
Venezuela	x
Vereinigte Arabische Emirate	x

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 19. Januar 1993

zur Änderung der Entscheidung 79/542/EWG des Rates zur Aufstellung einer Liste von Drittländern, aus denen die Mitgliedstaaten die Einfuhr von Rindern, Schweinen und Einhufern sowie von frischem Fleisch und Fleischerzeugnissen zulassen, und zur Aufhebung der Entscheidungen 89/15/EWG und 90/135/EWG

(93/100/EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 72/462/EWG des Rates vom 12. Dezember 1972 zur Regelung tiereseuchenrechtlicher und gesundheitlicher Fragen bei der Einfuhr von Rindern, Schweinen, Schafen und Ziegen, von frischem Fleisch oder von Fleischerzeugnissen aus Drittländern⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1601/92⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 3,

gestützt auf die Richtlinie 86/469/EWG des Rates vom 16. September 1986 über die Untersuchung von Tieren und von frischem Fleisch auf Rückstände⁽³⁾, insbesondere auf Artikel 7,

gestützt auf die Richtlinie 88/146/EWG des Rates vom 7. März 1988 über das Verbot des Gebrauchs von bestimmten Stoffen mit hormonaler Wirkung im Tierbereich⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 6,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit der Entscheidung 79/542/EWG des Rates⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Entscheidung 93/99/EWG der Kommission⁽⁶⁾, ist eine Liste von Drittländern, aus denen die Mitgliedstaaten die Einfuhr von Rindern, Schweinen und Einhufern, von frischem Fleisch und Fleischerzeugnissen zulassen, festgelegt worden.

Gemäß der Entscheidung 89/15/EWG der Kommission⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch die Entscheidung 91/487/EWG⁽⁸⁾, lassen die Mitgliedstaaten die Einfuhr von lebenden Tieren und von frischem Fleisch aus den Drittländern zu, die Garantien in bezug auf die Untersuchung von Tieren und frischem Fleisch auf das Vorhandensein von Rückständen der Substanzen, die eine hormonale Wirkung haben, abgegeben haben.

Mit der Entscheidung 90/135/EWG der Kommission⁽⁹⁾, zuletzt geändert durch die Entscheidung 91/486/EWG⁽¹⁰⁾, wurden die Pläne berücksichtigt, die diejenigen Garantien näher ausführen, welche von bestimmten Drittländern zur

Untersuchung auf Rückstände von Stoffen, ausgenommen Rückständen von Stoffen mit hormonaler Wirkung, vorgelegt wurden.

Mit Blick auf den Ausbau des Binnenmarktes erfordert der freie Warenverkehr mit lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen die Einrichtung von Veterinärkontrollen für Einfuhren aus Drittländern zum Zeitpunkt des Verbringens der Tiere bzw. Erzeugnisse auf das Gebiet der Gemeinschaft.

Das ordnungsgemäße Funktionieren dieses neuen Systems setzt einen leichten und durchsichtigen Informationsfluß voraus.

Es ist daher notwendig, die einzelnen Listen der Drittländer, aus denen die Mitgliedstaaten die Einfuhren von lebenden Tieren und von frischem Fleisch zulassen, zusammenzufassen und dabei die Drittländer in Übereinstimmung mit dem Internationalen Standardcode (ISO-Code) aufzulisten.

Ferner sind die Garantien, die von den zuständigen Behörden einiger Länder in bezug auf die Verwendung von Substanzen mit hormonaler Wirkung für die Mast von lebenden Tieren abgegeben worden sind, zu berücksichtigen.

Das Verbot zur Verwendung von Substanzen mit hormonaler Wirkung bei der Mast findet auf lebende Tiere Anwendung, die zur Schlachtung bestimmt sind. Deshalb ist es nicht gerechtfertigt, daß dieses Verbot die Einfuhr von Zucht- und Nutzeinhufern sowie von registrierten Einhufern aus Drittländern berührt, die im Verzeichnis für Einhufer aufgeführt sind.

Es empfiehlt sich, die Regionalisierung bestimmter Drittländer, die durch die Entscheidung 92/160/EWG der Kommission⁽¹¹⁾, geändert durch die Entscheidung 92/161/EWG⁽¹²⁾, festgelegt worden ist, zu berücksichtigen.

Darüber hinaus ist die Einfuhr von Schafen und Ziegen aus Drittländern in Betracht zu ziehen.

Einige Mitgliedstaaten führen aus Albanien lebende Schafe zur sofortigen Schlachtung ein; als vorübergehende Maßnahme sollte die direkte Einfuhr dieser Tiere in die betreffenden Mitgliedstaaten zugelassen werden, bis die Kommission eine Inspektionsreise tierärztlicher Sachverständiger durchgeführt hat, wobei derartige Einfuhren bis zum 1. Juli 1993 zu befristen sind.

⁽¹¹⁾ ABl. Nr. L 71 vom 18. 3. 1992, S. 27.

⁽¹²⁾ ABl. Nr. L 71 vom 18. 3. 1992, S. 29.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 302 vom 31. 12. 1972, S. 28.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 13.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 275 vom 26. 9. 1986, S. 36.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1988, S. 16.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 146 vom 14. 6. 1979, S. 15.

⁽⁶⁾ Siehe Seite 17 dieses Amtsblatts.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 8 vom 11. 1. 1989, S. 11.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 260 vom 17. 9. 1991, S. 15.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 76 vom 22. 3. 1990, S. 24.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 260 vom 17. 9. 1991, S. 13.

Die zuständigen Behörden Litauens und der Ukraine haben ebenfalls bestimmte Garantien abgegeben, und es erscheint zunächst angebracht, beide Länder auf der Liste bezüglich der Einfuhr von Einhufern in die Gemeinschaft hinzuzufügen.

Die Mitgliedstaaten sollten die Einfuhr von unter diese Entscheidung fallenden Tieren und von tierischen Erzeugnissen aus einem Drittland nicht zulassen, wenn diese Tiere und Erzeugnisse die tiergesundheitlichen Anforderungen an die Einfuhr aus diesem Land nicht erfüllen.

Die Entscheidung 79/542/EWG ist daher entsprechend zu ändern, und die Entscheidungen 89/15/EWG und 90/135/EWG sind aufzuheben.

Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Veterinär-ausschusses —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Entscheidung 79/542/EWG wird wie folgt geändert :

1. Der Titel erhält folgende Fassung :

„Entscheidung 79/542/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 zur Aufstellung einer Liste von Drittländern, aus denen die Mitgliedstaaten Einfuhren von Rindern, Schweinen, Einhufern, Schafen und Ziegen sowie von frischem Fleisch und Fleischerzeugnissen zulassen“.

2. Artikel 1 Absatz 3 Buchstaben a) und b) erhalten folgende Fassung :

„(3) Unbeschadet der Entscheidung 92/160/EWG lassen die Mitgliedstaaten

a) die Einfuhr von Einhufern aus Drittländern oder Teilen von Drittländern zu, die in Teil I des Anhangs aufgeführt sind ;

b) das vorübergehende Verbringen registrierter Pferde in die Gemeinschaft oder das Wiederverbringen registrierter Pferde nach vorübergehender Ausfuhr aus den Drittländern oder Teilen von Drittländern zu, die in Teil II des Anhangs aufgeführt sind ;“.

3. Dem Artikel 1 wird folgender Absatz 4 angefügt :

„(4) Die Mitgliedstaaten lassen die Einfuhr von lebenden Tieren, insbesondere von Einhufern zur Schlachtung, von frischem Fleisch und Fleischerzeugnissen nur aus solchen Drittländern oder Teilen von Drittländern zu, die im Verzeichnis in Teil I des Anhangs aufgeführt sind und den Garantien in bezug auf Rückstände entsprechen.“

4. Der Anhang wird durch den Anhang dieser Entscheidung ersetzt.

Artikel 2

Die Entscheidungen 89/15/EWG und 90/135/EWG werden aufgehoben.

Artikel 3

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 19. Januar 1993

Für die Kommission

René STEICHEN

Mitglied der Kommission

Land ISO-Code	Land	Frisches Fleisch und Fleischerzeugnisse				Frisches Fleisch		Lebende Tiere				Anmerkungen				Land ISO-Code
		Haustiere		Wild		K	E	R	S/Z	SCH	E	Frisches Fleisch	Fleisch- erzeug- nisse	Lebende Tiere	Rückstände	
IL	Israel	X	X	X	X	X	X	O	O	O	X	(¹)	(¹)	O	IL	
IN	Indien	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	(²)	(²)	O	IN	
IS	Island	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	(³)	(³)	XR	IS	
KE	Kenia	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	(³)	(³)	O	KE	
LI	Litauen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	(¹)	(¹)	(d)	LI	
LV	Lettland	X	X	X	X	X	X	O	O	O	X	(¹)	(¹)	O	LV	
MA	Marokko	O	X	X	X	X	X	O	O	O	X	(²)	(²)	O	MA	
MG	Madagaskar	X	X	X	X	X	X	O	O	O	O	(²)	(²)	XR	MG	
MT	Malta	X	X	X	X	X	X	O	O	O	X	(²)	(²)	XR	MT	
MU	Mauritius	O	O	O	O	O	O	O	O	O	X	(²)	(²)	O	MU	
MX	Mexiko	X	X	X	X	X	X	O	O	O	X	(²)	(²)	XR	MX	
NA	Namibia	X	X	X	X	X	X	O	O	O	O	(¹)	(¹)	XR	NA	
NI	Nicaragua	X	X	X	X	X	X	O	O	O	O	(²)	(²)	O	NI	
NO	Norwegen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	(²)	(²)	XR	NO	
NZ	Neuseeland	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	(²)	(²)	XR	NZ	
PA	Panama	X	X	X	X	X	X	O	O	O	O	(²)	(²)	O	PA	
PL	Polen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	(¹)	(¹)	XR	PL	
PY	Paraguay	X	X	X	X	X	X	O	O	O	X	(¹)	(¹)	XR	PY	
RO	Rumänien	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	(¹)	(¹)	XR	RO	
RU	Rußland	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	(¹)	(¹)	XR	RU	
SE	Schweden	O	X	X	X	X	X	O	O	O	X	(²)	(²)	O	SE	
SG	Singapur	X	X	X	X	X	X	O	O	O	X	(²)	(²)	XR	SG	
SI	Slowenien	X	X	X	X	X	X	O	O	O	X	(²)	(²)	O	SI	
SV	El Salvador	X	X	X	X	X	X	O	O	O	X	(²)	(²)	O	SV	
SZ	Swasiland	X	X	X	X	X	X	O	O	O	X	(²)	(²)	XR	SZ	
TH	Thailand	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	(²)	(²)	O	TH	
TN	Tunesien	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	(²)	(²)	O	TN	
TR	Türkei	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	(²)	(²)	O	TR	
UA	Ukraine	O	O	O	O	O	O	O	O	O	O	(²)	(²)	O	UA	
US	Vereinigte Staaten von Amerika	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	(²)	(²)	XR(c)	US	
UY	Uruguay	X	X	X	X	X	X	O	O	O	X	(²)	(²)	XR	UY	
YU	Jugoslawische Republiken	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	(²)	(²)	XR	YU	
ZA	Südafrika	X	X	X	X	X	X	O	O	O	X	(²)	(²)	XR	ZA	
ZW	Simbabwe	X	X	X	X	X	X	O	O	O	X	(²)	(²)	XR	ZW	

- R = Rinder (einschließlich der Büffel).
 S/Z = Schafe/Ziegen.
 SCH = Schweine
 K = Klautiere.
 E = Einhufer.
 x = im Grundsatz zugelassen.
 o = nicht zugelassen.

Spezielle Anmerkungen

- (1) Mit Ausnahme des Fleisches von Wildschweinen.
 (2) Mit Ausnahme des nicht entbeinten Fleisches und von Organen wilder Klautiere.
 (3) Ungeschaltet aller Beschränkungen in der obigen Liste sind Fleischerzeugnisse, die eine Wärmebehandlung in einem hermetisch verschlossenen Behältnis auf einen f-Wert von 3 oder mehr erhitzt worden sind, zugelassen.
 (4) Ungeschaltet jeder Beschränkung in der obigen Liste sind Fleischerzeugnisse, die auf eine Kerntemperatur von wenigstens 80 °C erhitzt worden sind, zugelassen.
 (5) Mitgliedstaaten lassen nur Einhufer in Übereinstimmung mit der Entscheidung 92/160/EWG, die die Regionalisierung festlegt, für Einhufer zu.
 (6) Bis spezifische Bestimmungen nach Artikel 13 Absatz 2 der Richtlinie 90/426/EWG angenommen worden sind, lassen Mitgliedstaaten Einhufer, die aus diesem Land kommen, zur Einfuhr nicht zu.
 (7) Mitgliedstaaten können lebende Schafe für die unmittelbare Schlachtung direkt in ihr Hoheitsgebiet einführen bis 1. Juli 1993.

Zusätzliche Anmerkungen

- XR Der Plan hinsichtlich der Rückstände in lebenden Tieren und frischem Fleisch für Substanzen, die eine thyreostatische, östrogene, androgene oder gestagene Wirkung haben, und für Substanzen, die keine hormonale Wirkung haben, ist von der Kommission genehmigt worden. Einhufer, die nicht zur Schlachtung bestimmt sind, werden eingeführt, ohne daß das entsprechende Drittland einen Plan zur Untersuchung auf Rückstände vorgelegt hat.
- (a) Was Einführen von Fleisch von Rindern betrifft, das zum menschlichen Verzehr bestimmt ist, ist diese auf Fleisch beschränkt, das von Kühen stammt, die nur zur Milchproduktion verwendet worden sind.
- (b) Einführen lebender Rinder sind beschränkt auf Tiere, die zur Zucht bestimmt sind, und auf Kälber zur Mast im Alter von weniger als 15 Tagen.
- (c) Was Einführen von Fleisch von Rindern betrifft, das zum menschlichen Verzehr bestimmt ist, sind diese beschränkt auf:
- i) Fleisch, das von Kühen stammt, die nur zur Milchproduktion verwendet worden sind, oder
 - ii) Fleisch,
 - das den Bedingungen entspricht, die zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vereinbart worden sind, und
 - das von Frischfleischgewinnungsstätten stammt, die mit Tieren aus Betrieben beliefert wurden, die von der Kommission zugelassen worden sind. Die Namen dieser Einrichtungen unterliegen besonderen Mitteilungen der Kommission an die Mitgliedstaaten.
- (d) Was Einführen lebender Schlachtpferde betrifft, sind ausreichende Garantien eingegangen, um Einführen zuzulassen.

TEIL 2

SONDERRUBRIK REGISTRIERTE PFERDE

Land ISO-Code	Land	Registrierte Pferde	Anmerkungen
AE	Vereinigte Arabische Emirate	x	
BB	Barbados	x	
BH	Bahrein	x	
BM	Bermudas	x	
BO	Bolivien	x	
CO	Kolumbien	x	(¹)
CR	Costa Rica	x	(¹)
CU	Kuba	x	
EC	Ecuador	x	(¹)
EG	Ägypten	x	(¹)
HK	Hongkong	x	
JM	Jamaika	x	
JO	Jordanien	x	
JP	Japan	x	
KW	Kuwait	x	
LY	Libyen	x	
OM	Oman	x	
PE	Peru	x	(¹)
TR	Türkei	x	(¹)
VE	Venezuela	x	(¹)

x = im Grundsatz zugelassen.

(¹) Die Mitgliedstaaten lassen nur Einhufer in Übereinstimmung mit der Entscheidung 92/160/EWG, die die Regionalisierung festlegt, für Einhufer zu.